



DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF MdB

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wandel in der arabischen Welt

Fragen und Antworten

>>> „Wie gestaltet sich die Lage in der Region und wohin steuert die Demokratiebewegung?“

Die Ereignisse sind von einer großen Dynamik, jedoch lokal geprägt und deshalb nicht einheitlich. Während in Tunesien und Ägypten eine friedliche Revolution erfolgreich war, entscheidet sich in Libyen, ob ein arabischer Diktator sich mittels brutaler Unterdrückung halten kann. Dies könnte andere arabische Herrscher zur Nachahmung ermuntern, etwa in Syrien.

- Der „Jasmin-Revolution“ in Tunesien gelang es im Januar, Präsident Ben Ali zu stürzen. Übergangsregierung zeigt Willen zu Bruch mit altem Regime. Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung im Juli. Mitte März wurde ein Rat für den Übergang zur Demokratie eingesetzt.
- In Ägypten wurde Präsident Mubarak im Februar nach anhaltenden Großdemonstrationen gestürzt. Ein Militärrat will einen geordneten Übergang zu einer demokratisch gewählten zivilen Regierungsmacht organisieren. Befugnisse der geschäftsführend tätigen Übergangsregierung gegenüber dem Militärrat unklar. Parlamentswahlen im September, Präsidentenwahlen Ende 2011. Erste Verfassungsänderungen wurden mit 77% durch ein Referendum bestätigt. Endgültige Verfassung soll durch eine Verfassungsversammlung nach den Wahlen ausgearbeitet werden. Ausnahmezustand noch nicht aufgehoben, Staatssicherheit aber aufgelöst. Kabinettserslass vom 23.3. schränkt Versammlungsfreiheit empfindlich ein. Neues Parteiengesetz vom 28.3. enthält erhebliche Hindernisse (u.a. hohe Mitgliederzahl notwendig) für die Teilnahme der jungen Demokratiebewegung an Wahlen.
- In Libyen Bürgerkrieg. Gaddafi kontrolliert Tripolis und Sirte, im Osten hat sich ein oppositioneller Übergangsrat gebildet. UN und EU haben umfangreiche Sanktionen gegen das Regime beschlossen, weitere werden diskutiert. Zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Gaddafis Söldner wird auf Grundlage einer VN-Resolution (1973 vom 17.3., dt. Enthaltung) eine Flugverbotszone (seit 27.3. Führung durch NATO) militärisch durchgesetzt. Die Libysche Luftwaffe ist weitgehend ausgeschaltet. Deutschland beteiligt sich nicht militärisch, wäre aber zum Monitoring des Waffenembargos (VN-Res. 1970, dt. Zustimmung) bereit. Deutliche Absatzbewegungen vom Gaddafi-Regime, das nur noch Unterstützung im eigenen Stamm haben dürfte.
- In Bahrein protestierte die schiitische Bevölkerungsmehrheit gegen das sunnitische Herrscherhaus. Saudi-Arabien (1000 Soldaten) und die VAE (500 Polizisten) haben Truppen zum Schutz des Königshauses entsandt, ein Ausnahmezustand wurde für 3 Monate verhängt. Oppositionelle wurde verhaftet, ein nationaler Dialog ist durch die gewaltsame Räumung des „Perlenplatzes“ in weite Ferne gerückt.
- Im Jemen verfolgt Präsident Saleh bislang Reformen nur zum eigenen Machterhalt, hat aber keine Eindämmung der Proteste erreicht. Ausnahmezustand verhängt, Kabinett entlassen. Führende Generäle haben sich gegen den Präsidenten gestellt. Staatsmacht auf Sanaa beschränkt, im Norden weite Teile unter Kontrolle der Houthi-Rebellen, im Süden Übernahme von Armeecamps durch Stämme. Sorge bereiten auch Al Kaida-Aktivitäten und strategische Lage Jemens am Horn von Afrika.
- In Syrien Proteste seit Mitte März gegen Regime von Präsident Assad in verschiedenen Städten. Hauptforderungen: Reformen, Aufhebung des Notstandsgesetzes von 1963 und Kampf gegen Korruption. Syrische Sicherheitspolizei für Tötung von zahlreichen Demonstranten verantwortlich. Regierung ist zurückgetreten. Regime setzt weiter auf Repression und hebt Notstandsgesetz bislang nicht auf.

>>> „Was bedeuten die Proteste in der arabischen Welt für uns?“

Ausgehend und inspiriert von den Ereignissen in Tunesien und Ägypten haben die Demokratiebewegungen weite Teile der Region erfasst. In beiden Ländern könnte eine demokratische Konsolidierung gelingen und nachhaltige positive Ausstrahlungseffekte auf die restliche Region haben. Hier kommt es besonders auf europäische Unterstützung an. In Libyen und Jemen besteht hingegen die Gefahr, dass die Alternativen zu den bestehenden Regimen nicht demokratisch sein könnten. In Bahrain, Jemen und Syrien könnten ethnische und konfessionelle Gegensätze die Lage verschärfen.

- In Nordafrika und der arabischen Welt erheben sich Männer wie Frauen gegen jahrzehntelange Unterdrückung und Rückschrittlichkeit. Sie fordern universell gültige Menschenrechte und ein Leben in Freiheit unter demokratischer, wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe.
- Der Umbruch in Tunesien und Ägypten ging von der Mitte der Gesellschaft aus. Extreme Islamisten oder terroristische Gruppen spielen dabei bisher keine Rolle. Frauen haben bei den Protesten maßgeblich mitgewirkt.
- Die Menschen in diesen Ländern zeigen uns: Einen „Clash of Civilisations“ gibt es nicht! Sehnsucht nach Freiheit ist nicht begrenzt auf eine Kultur oder Region oder gar Religion.
- Dieser Wandel ist historisch und verdient unsere volle Unterstützung. Der Aufbruch in der arabischen Welt ist eine große Chance, Demokratie und Menschenrechte und damit Frieden und Wohlstand in unserer unmittelbaren südlichen Nachbarschaft zu fördern. Ägypten ist als Schlüsselland in der arabischen Welt hier von entscheidender Bedeutung.
- Diese Nachbarländer Europas sind von strategischer Bedeutung für unsere innere und äußere Sicherheit, unsere Energieversorgung und die Bekämpfung illegaler Migration. Wir haben ein Interesse an stabilen, prosperierenden und freiheitlichen Grundordnungen in der arabischen Welt. Sie würden nicht nur den Migrationsdruck verringern, sondern auch unserer heimischen Wirtschaft zu Gute kommen.
- Die Demokratiebewegungen müssen sich vielerorts aber noch stabilisieren und organisieren. Noch sind alte Kräfte zum Teil fest im Sattel. Deshalb müssen wir nun helfen und mutige Angebote unterbreiten, um den demokratischen Wandel unumkehrbar zu machen.
- Ein erfolgreicher demokratischer Wandel wird extremistische Gruppen weiter marginalisieren. Politisch-islamische Gruppen wie die Muslimbrüder müssen in demokratische Prozesse und Institutionen eingebunden werden. Dann lassen sie sich am ehesten auf eine pragmatische Politik verpflichten.
- Der Drang nach Freiheit darf nicht in Radikalismus, Chaos und Gewalt führen und damit zu einer Gefahr für die Sicherheit und Existenz Israels werden.
- Der politische und gesellschaftliche Wandel darf nicht zu Lasten religiöser Minderheiten gehen, insbesondere für die Kopten in Ägypten.

>>> „Wie können wir den demokratischen Wandel in der Region unterstützen?“

Deutschland genießt hohes Ansehen in der Region. Die Bundesregierung hat deshalb bei der Unterstützung des demokratischen Wandels in den vergangenen Wochen eine führende Rolle gespielt. Sie hat eine „Transformationspartnerschaft“ mit Tunesien und Ägypten angestoßen. Auf Drängen der Bundesregierung wurde die Europäische Nachbarschaftspolitik überprüft. Die nun von der EU initiierte „Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ trägt ihre Handschrift.

- Die Menschen in den Ländern der arabischen Welt haben ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. Sie wollen dieselben Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten erlangen, die für uns bereits selbstverständlich sind.
- Demokratien entstehen nicht über Nacht und jedes Land geht seinen eigenen Weg. Europa ist aufgerufen, gemeinsam mit seinen Partnern die nun beginnenden Reformen in der rasch, zielorientiert, bedarfsgerecht und partnerschaftlich zu unterstützen.
 - Unsere Unterstützungsangebote müssen aber eindeutiger als bisher konditioniert und an gute Regierungsführung sowie politische und rechtstaatliche Reformen gebunden werden.
- Hauptauslöser für die Proteste waren nicht nur mangelnde politische Teilhabe, sondern Ungerechtigkeit, Armut, mangelnde Bildungschancen und Perspektivlosigkeit sowie das Gefühl, einer willkürlich handelnden und korrupten Verwaltung und Justiz wehrlos ausgesetzt zu sein.
- Wir müssen kurzfristige Angebote machen, die in der kritischen Phase des Übergangs spürbare Wirkung für die Menschen entfalten können und ihre wirtschaftliche Lage unmittelbar verbessern.
 - Wir helfen, um schnell die institutionellen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um freie und faire Wahlen durchführen zu können. Beim Aufbau von Parteistrukturen können die deutschen politischen Stiftungen eine maßgebliche Rolle spielen.
 - Die Bundesregierung will in der EU die Öffnung unserer Märkte für Agrarexporte aus der Region erreichen, um durch mehr Handel wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in diesen Ländern zu ermöglichen.
- Langfristig fördern Deutschland und die EU:
 - den Ausbau der Zivilgesellschaft, um Reformen institutionell und verfassungsrechtlich abzusichern und den Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Trägern des Wandels,
 - die Kooperation im Bildungsbereich einschließlich der Beschäftigungsförderung (Berufserfahrung in Europa sammeln, Unterstützung von Unternehmungsgründungen) aufgrund des großen Bildungshungers der Menschen in der Region und deshalb
 - nachhaltige Wirtschafts- und Handelskooperation und ausländische Direktinvestitionen.

>>> „Wieso hat sich Deutschland im Sicherheitsrat bei der Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen enthalten?“

Deutschland, 2011/12 nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, hat sich am 17. März 2011 bei der Abstimmung über die Resolution 1973 enthalten (zusammen mit Russland, China, Brasilien und Indien). Die USA, Frankreich, Großbritannien und sieben weitere nicht-ständige Mitglieder, darunter Libanon als derzeit einziges arabisches Land, stimmten zu.

- **Resolution 1973 fordert einen sofortigen Waffenstillstand und autorisiert „alle notwendigen Maßnahmen“, um die Zivilbevölkerung zu schützen und beschließt dafür eine Flugverbotszone einzurichten.** Dies schließt Bodentruppen nicht explizit aus, wohl aber ausländische Besatzungsmächte. Zusätzlich beschlossen wurde die verschärfte und erweiterte Umsetzung der schon mit Resolution 1970 beschlossenen Maßnahmen (Waffenembargo, Reisebeschränkung und Einfrieren von Vermögenswerten).
- Die Bundesregierung hat sich aufgrund der aus ihrer Sicht unabsehbaren Risiken der militärischen Optionen enthalten. **„Wir unterstützen die Ziele der Resolution, aber bei den Mitteln ist die Bundesregierung zu einer anderen Bewertung gekommen.“** (Regierungserklärung von Außenminister Westerwelle am 23. März 2011 im Deutschen Bundestag)
- Die **Bundesregierung hat u.a. folgende Fragen abgewogen:** Was geschieht, wenn Luftschläge den Bürgerkrieg nicht beenden können, sondern dafür Bodentruppen benötigt werden? Wie eindeutig ist die politische und militärische Unterstützung der arabischen Welt? Kann der Einsatz als Intervention des Westens missverstanden werden und was heißt das für die Freiheitsbewegungen und Reformanstrengungen in den anderen Ländern Nordafrikas?
- Die **CDU/CSU-Fraktion hat die deutsche Enthaltung lebhaft diskutiert, teilt aber die Einschätzungen und Abwägungen der Bundesregierung, die zu ihrer Enthaltung im Sicherheitsrat geführt haben.**
- **Deutschland ist in diesem Konflikt nicht neutral.** Die Bundeskanzlerin hat klar gesagt, dass die Resolution 1973 gilt und wir ihre Ziele vorbehaltlos unterstützen. **Deshalb wird Deutschland unterhalb einer direkten militärischen Beteiligung alles dafür tun, dass sie erfolgreich durchgesetzt wird!**
- Darüber hinaus **zeigt Deutschland seine Solidarität mit unseren Bündnispartnern,** die die UN-Resolution durchsetzen. Deutsche Soldaten werden in den Awacs-Flugzeugen eingesetzt, die den Luftraum über Afghanistan kontrollieren, um andere Länder, die sich an dem Einsatz gegen das Gaddafi-Regime beteiligen, zu entlasten.
- Die **NATO hat nun die Durchsetzung der Ziele der Resolution 1973 übernommen. Deutschland steht zu seiner politischen Verantwortung im Bündnis** und hat diese Entscheidung mitgetragen. Wir beteiligen uns an den Planungsprozessen im Bündnis, Verbündete können ihre Militäraktionen auch von ihren Standorten in Deutschland fliegen und Bundeswehrsoldaten verrichten ihren Dienst in ständigen integrierten Stäben und Hauptquartieren der NATO. Dafür ist kein Mandat des Deutschen Bundestages notwendig.

>>> „Welchem Ziel dienen die militärischen Maßnahmen in Libyen?“

Seit dem 19. März 2011 werden zur Durchsetzung der UN-Resolution 1973 zunächst von einer Koalition (i.w. USA, GB und FRA) Angriffe auf Stellungen und Truppen des Gaddafi-Regimes geflogen. Am 27. März hat die NATO die Führung über die militärischen Maßnahmen übernommen. Seit dem 31.3. operieren alle verfügbaren Luft- und Marinekräfte unter NATO-Kommando, mit Zulauf von Kräften der NATO ziehen sich die USA aber zunehmend zurück. Die Operation „Unified Protector“ umfasst neben einer Flugverbotszone auf sämtliche militärische Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung. Die mögliche Unterstützung von humanitären Hilfsmaßnahmen und die Durchsetzung des Waffenembargos (VN-Res. 1970 vom 26.2.11 mit deutscher Zustimmung) waren bereits beschlossen worden. Bewaffnete deutsche Streitkräfte werden sich nicht an militärischen Exekutivmaßnahmen beteiligen. Auch eine Beteiligung an der Durchsetzung des Waffenembargos ist zunächst nicht vorgesehen.

- **Gaddafi führt einen Krieg gegen das libysche Volk. Es ist nicht das „eigene“ oder „sein“ Volk - denn die Menschen in Libyen kämpfen für ihre Freiheit gegen einen Diktator, der ihnen den Krieg erklärt und der schlimme Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat. Die libysche Führung muss abtreten und für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden.**
- **Resolution 1973 autorisiert „alle notwendigen Maßnahmen“, um die Zivilbevölkerung zu schützen und beschließt dafür eine Flugverbotszone einzurichten. Dies schließt Bodentruppen nicht explizit aus, wohl aber ausländische Besatzungsmächte.**
- **Die internationale Gemeinschaft und die NATO dürfen keinen „Regime Change“ von außen erzwingen. Das libysche Volk muss und will seine Freiheit alleine erringen. Ziel des Militäreinsatzes und der Sanktionen ist es aber auch, Gaddafi zum Abtreten zu bewegen.**
- **Die Unterstützung durch arabische Staaten ist von größter Bedeutung – nicht nur bei der Durchsetzung von Resolution 1973, sondern auch für den längerfristigen politischen Prozess.**
 - ➔ **Katar (mit 6 Mirage-Kampffjets und 2 Transportflugzeugen) und die Vereinigten Arabischen Emirate (6 F16-Jets und 1 Transportflugzeug) sowie Jordanien beteiligen sich an der Durchsetzung der Flugverbotszone, fliegen aber keine Luftangriffe.**
- **Auch wenn die Flugverbotszone nun durchgesetzt ist, ist der Schutz der Zivilbevölkerung weiter dringlich: Gaddafi und seine Söldner begehen weiter Verbrechen gegen das libysche Volk und verletzen weiter Völkerrecht. Deshalb ist es legitim, Gaddafis Schergen unter Beschuss zu nehmen, um derart die Zivilbevölkerung zu schützen.**
- **Waffenlieferungen an die Aufständischen sind nicht grundsätzlich auszuschließen - wenn sie dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen, völkerrechtlich zulässig sind, und an Kräfte gehen, die eine echte demokratische Alternative zu Gaddafi sind. Wir wissen aber noch nicht genau, wofür die Rebellen stehen. Hinweise, wonach sich unter den Rebellen auch Mitglieder von Al-Kaida befinden, sind sehr ernst zu nehmen.**

>>> „Wie sieht der politische Prozess hinsichtlich Libyens aus?“

Was passiert nach einem Sturz Gaddafis in Libyen? Die Herausforderungen sind viel größer als in Tunesien und Ägypten. Staatliche Strukturen müssten gänzlich neu aufgebaut werden und die Stämme mitberücksichtigt und –einbezogen werden. Viel ausgeprägter als in den Nachbarländern haben sich traditionelle Strukturen erhalten, auch weil das Regime weder Opposition noch unabhängige Parteien zugelassen hat. Zudem hatte Gaddafi zentrale Position im Staats- und Sicherheitsapparat ausschließlich mit Angehörigen seines eigenen Clans besetzt.

- Die Libyen-Konferenz in London, an der am 29. März rund 40 Staaten teilnahmen, hat die Einrichtung einer internationalen Kontaktgruppe beschlossen, um den politischen Prozess jenseits der militärischen Operationen zu führen und die internationalen Anstrengungen für ein demokratisches Libyen zu bündeln. Deutschland wird sich hier maßgeblich einbringen.
- Es kann keine rein militärische Lösung geben, weshalb die internationale Gemeinschaft schon früh umfassende internationale Sanktionen beschlossen hat. Schnell war das Gaddafi-Regime weltweit isoliert:
 - Am 26.2. hat der UN-Sicherheitsrat (Res. 1970) mit der Zustimmung Russlands und Chinas Sanktionen gegen die libysche Führung (Waffenembargo, Reiseverbote, Einfrieren von Auslandsvermögen) verhängt und den Internationalen Strafgerichtshof mit Ermittlungen beauftragt.
 - Die EU hat in vier Sanktionsrunden weiterführende und fast präzedenzlos scharfe Strafmaßnahmen gegen Gaddafi beschlossen, u.a. auf Drängen der Bundesregierung am 25.3. ein komplettes Öl- und Gasembargo.
 - Deutschland setzt sich ein, dass auch im Sicherheitsrat ein Öl- und Gasembargo gegen Gaddafi und seinen Clan verhängt wird, um ihren Geldhahn ganz zuzudrehen.
 - Die EU hat sich am 21.3. auf die Unterstützung humanitärer Hilfsmaßnahmen durch eine mögliche GSVP-Operation (EUFOR Libyen) geeinigt, eine Anfrage der UN vorausgesetzt. Hierbei geht es um Evakuierungsmaßnahmen für Flüchtlinge aus der Region und die Bereitstellung spezifischer Fähigkeiten. Diese Ausplanung wird von Deutschland unterstützt.
- Die Sanktionen sollen Gaddafi zu einem Waffenstillstand und der Einhaltung des Völkerrechts zwingen. Sie zeigen Wirkung: Diplomaten und ranghohe Funktionäre des Regimes fallen von Gaddafi ab, zuletzt der frühere Geheimdienstchef und jetzige Außenminister Kussa und Geheimdienstchef Dorda.
- Der oppositionellen Interims-Nationalrat (unter dem Vorsitz des ehemaligen Justizministers Mustafa Abdeljalil Fadl) hat folgende Grundsatzpositionen formuliert: Eine Verfassung für Libyen, Gründung politischer Parteien, Garantie freier und fairer Parlamentswahlen und die Gewährung anderer Grundfreiheiten sowie Verpflichtung zu religiöser Toleranz und friedlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten.
 - Der Übergangsrat wird von Frankreich, Katar und Italien, bisher aber nicht von Deutschland anerkannt. BM Westerwelle führte jedoch bei der Konferenz in London Gespräche mit den Vertretern des Übergangsrats. Die Bundesregierung will erst überprüfen, ob die Mitglieder des Rates, dem frühere Minister des Regimes angehören, wirklich für das libysche Volk sprechen.

>>> „Drohen uns Flüchtlingswellen aus Nordafrika?“

Vor der Krise lebten 1 Mio. Gastarbeiter aus Ägypten sowie 1,5 Mio. aus afrikanischen Staaten und Asien in Libyen. In Lagern im südlichen Libyen halten sich momentan nach Medienberichten Hunderttausende afrikanische Flüchtlinge, hauptsächlich aus Äthiopien und Eritrea, auf. Aus Libyen sind bisher ca. 400.000 Menschen in Nachbarländer geflüchtet, davon über 250.000 aus Drittstaaten. An der Grenze zu Ägypten gab es etwa 160.000 Grenzübertritte, davon 50% ägyptische Staatsangehörige, die bereits weiter gereist sind. Derzeit etwa 3.000 Menschen an der Grenze zu betreuen, überwiegend aus dem Tschad. An der Grenze zu Tunesien ca. 202.000 Grenzübertritte, überwiegend Flüchtlinge aus Drittstaaten. Die Lage ist mittels laufender internationaler Hilfe ruhig. An der tunesischen Grenze derzeit rund 6.000 Flüchtlinge überwiegend aus Subsahara-Afrika. Über 50 Organisationen sind an der Grenze tätig, viele davon auf „stand by“, um nach Libyen zu gehen.

- Die humanitäre Notlage in Libyen und an seinen Grenzen gibt Anlass zur Sorge. Sie wird durch Migrationsbewegungen, die durch die Ereignisse in Libyen ausgelöst wurden, noch verschärft.
- Von den über 400.000 Menschen, die bisher aus Libyen in die Nachbarländer geflohen sind, sind die meisten Flüchtlinge mittlerweile in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt.
- Allerdings kamen auch über 20.000 illegale Einwanderer, die meisten aus Tunesien, nach Italien und Malta. Bei einer außergewöhnlichen Belastung ist die Unterstützung für EU-Mittelmeeranrainer, insbesondere Italiens, eine Frage gesamteuropäischer Solidarität auf der Basis von Freiwilligkeit.
- Die EU und Deutschland haben humanitäre Hilfe bereitgestellt (für medizinische Versorgung in Libyen sowie Flüchtlingsversorgung und -rückführung in Tunesien) und wollen mit den zuständigen internationalen Organisationen den aus Libyen in die Nachbarländer Flüchtenden weiter helfen.
- Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass die Menschen in Nordafrika eine Existenzgrundlage haben und gar nicht erst zu uns kommen.
- Dafür brauchen wir mutige Angebote: Die Bundesregierung will in der EU die Öffnung unserer Märkte für Agrarexporte aus der Region erreichen, um durch mehr Handel wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in diesen Ländern zu ermöglichen. Und eine Mobilitätspartnerschaft für solche Länder, die ihre Reformprozesse hinreichend vorangetrieben haben und im Kampf gegen irreguläre Einwanderung voll kooperieren, kann Studenten, gut Ausgebildeten, Forschern und Geschäftsleuten Weiterbildung und Arbeitserfahrung bei uns ermöglichen.
- Dringlich sind zudem in Kooperation mit den Ländern Nordafrikas eine Verbesserung von Grenzschutz und Grenzkontrollen sowie Maßnahmen, die die Rückkehr von Migranten in ihre Heimatländer sicherstellen. Die Kapazitäten der europäischen Grenzschutzorganisation Frontex sind auszubauen.
 - Die EU will bis Juni einen Plan für den Ausbau der Kapazitäten zur Steuerung der Migration und der Flüchtlingsströme sowie zur Mobilitätspartnerschaft erarbeiten.